



Medienausschuss

45. Sitzung (öffentlich)

28. Mai 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Claudia Nell-Paul (SPD)

Stenograf: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:		Seite
1	Der Medienrat der Landesanstalt für Medien NRW	1
	Mitglieder des Medienrates stellen die bisherige Tätigkeit ihres Gremiums vor. Dem schließt sich eine Aussprache an.	
2	DVB-T in Nordrhein-Westfalen	9
	Der Ausschuss lässt sich vom Leiter des Projektbüros DVB-T Nordrhein-Westfalen, Joachim Bareiß, über den Start von DVB-T im Köln/Bonner Raum informieren. Danach beantwortet Herr Bareiß Fragen aus den Reihen des Ausschusses.	
3	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den "Westdeutschen Rundfunk Köln" (WDR-Gesetz) - 11. Rundfunkänderungsgesetz	13
	Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 13/5395	

In Verbindung mit:

Selbstverpflichtung des WDR nach dem BBC-Modell

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/4334

Der Ausschuss beschließt, am 9. Juli 2004 eine Anhörung zum Gesetzentwurf durchzuführen.

Die Fraktionen sollen bis zum 11. Juni die Fragen und Sachverständigen für die Anhörung benennen.

4 NRW ans Netz - Informationsgesellschaft für alle 14

Mitteilung der Landesregierung

Drucksache 13/5303

Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel (StK) berichtet und beantwortet Fragen aus den Reihen des Ausschusses.

5 Verschiedenes

a) **Tag der Medienkompetenz 16**

b) **DAB 17**

Medienausschuss

28.05.2004

45. Sitzung (öffentlich)

Is-ke

Natürlich müssten zunächst die Ergebnisse der Wellenkonferenz abgewartet werden. Es werde dann noch einige Zeit dauern, bis über DVB-T die 24 Programme flächendeckend bereitgestellt werden könnten. Allerdings müsse bis dahin der weitere Ausbau nicht stehen bleiben. Nach seiner Überzeugung werde es direkt nach den Anschlussgebieten Köln/Bonn und Düsseldorf/Ruhrgebiet möglich sein, weitere Projekte zu fahren, ohne aber schon alle Gebiete abdecken zu können. Aus Sicht des Projektbüros erschienen die Gebiete um Aachen und Bielefeld für den weiteren Ausbau attraktiv, wofür es aber die Projektbeteiligten zu gewinnen gelte.

Dr. Stefan Grüll (FDP) fragt nach, inwieweit das Projektbüro die Möglichkeit sehe, wegen der Probleme in Bad Godesberg vor Ort in Erscheinung zu treten. Er bitte den dazu laufenden Klärungsprozess näher zu beschreiben und anzugeben, in welcher Zeit mit einer Behebung des Problems gerechnet werden könne, sofern es sich nicht um ein singuläres Problem handele.

Joachim Bareiß (Leiter des Projektbüros DVB-T Nordrhein-Westfalen) betont, zunächst einmal müsse die genaue Ursache des Problems geklärt werden. Läge der Grund auf der Empfangsseite, könne schnell darüber informiert werden, wie der Mangel zu beseitigen sei. Sollte die Ursache auf der Sendeseite liegen, müsse überlegt werden, wie dort Abhilfe geleistet werden könne. Vorstellbar erscheine nur, dass die abstrahlende Antenne möglicherweise eine so genannte Nullstelle aufweise, die die Probleme in bestimmten Gebieten verursachen könnte, was allerdings nicht der Fall sein sollte. Das Projektbüro stehe selbstverständlich für Aktionen vor Ort - also auch in Bad Godesberg - bei bestehenden Problemen zur Verfügung.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den "Westdeutschen Rundfunk Köln" (WDR-Gesetz) - 11. Rundfunkänderungsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5395

In Verbindung mit:

Selbstverpflichtung des WDR nach dem BBC-Modell

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4334

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) regt an, der Medienausschuss sollte den WDR bitten, über den Gesetzentwurf eine breite öffentliche Diskussion durchzuführen, sodass auch die Öffentlichkeit über die anstehende Gesetzesänderung informiert werde und sich einbringen könne.

Medienausschuss

28.05.2004

45. Sitzung (öffentlich)

Is-ke

Vorsitzende Claudia Nell-Paul meint zu dem Vorschlag, sicher könne dem WDR mitgeteilt werden, es würde begrüßt, wenn dieser zu einer regen Debatte beitrüge, und verweist darauf, u. a. diene die Anhörung als Beitrag für eine öffentliche Diskussion.

4 NRW ans Netz - Informationsgesellschaft für alle

Mitteilung der Landesregierung

Drucksache 13/5303

Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel (StK) führt aus:

Sie haben den umfangreichen Bericht erhalten. Wichtig ist, dass man sich die Struktur vor Augen führt. Wir haben im ersten Kapitel die Ergebnisse der Studie "NRW: online - offline" zusammengefasst, insbesondere sind die Gründe und Motive für die Nichtnutzung der so genannten neuen Medien aufgeführt worden. Diese Studie stammt vom ecmc.

Wir haben festgestellt, dass wir durchaus noch einiges unternehmen können, wengleich wir an anderen Stellen auch ganz gut aufgestellt sind.

Kapitel II liefert einen Überblick über die Initiativen und Projekte, die es in NRW gibt, um dem entgegenzuwirken, was man unter dem Stichwort "Digitale Spaltung" zusammenfassen kann. Kapitel III enthält die Handlungsempfehlungen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben.

Das zentrale Ergebnis dieses Berichts besteht darin, dass die Dreiteilung der Gesellschaft in Onliner, Offliner und Planer relativ tief greifend ist. Das ist nicht nur bei uns in NRW und in Deutschland so, sondern das ist ein auch international feststellbares Phänomen. Darin liegen die besonderen Herausforderungen, weil es spezifische Faktoren sind, die die Nichtangeschlossenen auszeichnen. Es geht um Bildungsfaktoren, Einkommensstrukturen und um das Problem einer gewissen Technikangst. An der Stelle sind die Aktionen anzusetzen, die bei uns, wie Kapitel II es auch anführt, zum Teil schon laufen. Dazu nenne die das Medienkompetenznetzwerk. Es spielen dabei aber noch eine ganze Reihe weiterer Aspekte eine Rolle.

Zum Schluss die Ziele, die sich daraus ergeben: Wir müssen einen chancengleichen und diskriminierungsfreien Zugang zum Internet schaffen. Wir müssen sehen, dass wir alle Bevölkerungs- und Zielgruppen an dieses Medium und an die angebundenen Technologien heranbringen, insbesondere aber die benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Wir müssen schauen, dass wir die verschiedenen Wirtschaftsbereiche bei der Integration der neuen Medien berücksichtigen, weil darin eine gute Möglichkeit liegt, auch wirtschaftlich von solchen Entwicklungen zu profitieren. Wir müssen auf Qualifizierung setzen, auf Fachkräfte, die die Bürgerinnen und Bürger auf diesem eben von mir beschriebenen Weg unterstützen können. Dabei geht es ohne Zweifel insbesondere auch um die Zielgruppe der Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer. Denn die Heranführung an das Netz kann nicht später im Leben von oben politisch verordnet werden, sondern das fängt in der jungen Sozi-